

venz auf die Insolvenzmasse und das insolvenzfreie Vermögen zu verteilen ist. Diese reine „Einkünfte bezogene Verteilung“ ist in der Berechnung unkompliziert, da eine Aufteilung von Pauschbeträgen, Sonderausgaben oder außergewöhnlichen Belastungen unterbleibt. Allerdings bleiben die in der Literatur (z.B. Frotscher, Besteuerung bei Insolvenz, 9 Aufl. 2021, 145ff.) aufgeführten Bedenken bestehen, wonach die unberücksichtigte Progression zu Härten führen kann.

Fraglich ist, ob sich die Entscheidung des BFH über den aktuellen Fall hinaus auch auf die, wohl allgemein relevantere, Frage der zeitlichen Aufteilung im Jahr der Insolvenzeröffnung übertragen lässt. Da der BFH in seiner Urteilsbegründung insbesondere auf die Identität des Steuerschuldners und den ununterscheidbaren Beitrag der Einkünfte zur Einkommensteuer abstellt, kann vermutet werden, dass die Entscheidung auch für die zeitliche Aufteilung von Bedeutung sein wird, sodass auch hier eine Aufteilung anhand der Einkünfte geraten ist.

Das Urteil ist zu begrüßen, schafft es doch Klarheit in der praktischen Anwendung. Da die Steuerschuld der Masse vorweg zu berichtigen ist, besteht zwischen Verwalter und Insolvenzschnuldner mit eigenen Einkünften ein Spannungsverhältnis,

da beide Seiten bestrebt sind, ihre Steuerschuld zu minimieren. Das BFH Urteil schafft hierzu nunmehr eine klare Handlungsanweisung.

Das Urteil wurde bisher nicht im BStBl. veröffentlicht, es ist deshalb nicht davon auszugehen, dass die Finanzverwaltung diese Rechtsprechung allgemein anwendet.



Steuerberater und Wirtschaftsprüfer Dirk Fröschen ist Partner bei Dr. Neumann, Schmeer und Partner, Aachen. Er ist zertifizierter Experte für steuerliche und betriebswirtschaftliche Beratung im Zusammenhang mit Sanierung, Restrukturierung und Insolvenzverwaltung. Weitere Schwerpunkte sind die laufende steuerliche und betriebswirtschaftliche Beratung sowie Prüfung von Unternehmen unterschiedlicher Branchen, insbesondere der öffentlichen Hand, öffentlich-rechtlicher Körperschaften und von Forschungseinrichtungen.

Kurz & bündig

Ahnungslos

„Unsere Politiker haben keine Ahnung von dem, was sie tun.“

Zu diesem vernichtenden Urteil über die Qualität von Politik und Politikern kommen 73 Prozent der 18 - 65-jährigen in unserem Land. Dies ist das Ergebnis einer repräsentativen Befragung, die das Rheingold Institut in Köln im Auftrag der Identity Foundation, durchgeführt hat. Das Gefühl, von inkompetenten Leuten regiert zu werden, findet seine Entsprechung in einer weiteren düsteren Annahme, wonach die Menschen glauben, ihren Lebensstandard nicht halten können. Dies immerhin fürchten 66 Prozent aller Befragten.

Fragt man nach den Ursachen dieses unerfreulichen Stimmungsbildes, sind diese rasch identifizierbar. In nahezu allen relevanten Themenbereichen regiert die Ampel gegen die herrschende Meinung im Volk. Verbrenneraus, Ausstieg aus der Atomenergie, Cannabis Freigabe, Heizungsgesetz, Einwanderungspolitik, Gendersprache in der Verwaltung und in öffentlich-rechtlichen Medien, Identitäts- und Namensgesetz, auf all diesen Politikfeldern befindet sich die Regierung mit ihren Entscheidungen und Gesetzesvorhaben in der Minderheit. Und jeder sieht und erfährt das Sterben des Einzelhandels in den Stadtzentren, das Aus für viele Gastronomiebetriebe trotz eingeschränkter Öffnungszeiten,

den Mangel an bezahlbarem Wohnraum, den schleppenden Netzausbau, eine überbordende und lähmende Bürokratie und den Fachkräftemangel. An allen Ecken und Enden fehlt es an (qualifizierten) Mitarbeitern. Von 66,4 Prozent der Befragten wird deshalb die Lage auf dem Arbeitsmarkt, und hier insbesondere der Fachkräftemangel, bei der Frage nach existenzgefährdenden Entwicklungen an die erste Stelle gesetzt. Anhaltende Preissteigerungen und die nur mäßig eingedämmte Inflation sowie gestiegene Zinsen führen zu weiteren Belastungen, die eine Angst vor einem Autonomieverlust befördern. Und wenn Koalitionäre Grabenkämpfe führen, sich im Beinstellen üben, anstatt existentielle Probleme zu lösen, verstärkt das bei den Menschen den ohnehin bestehenden Eindruck: Die wissen nicht, was Sache ist.

Jeder erfahrene Krisenmanager weiß, das Krisensymptome kleinreden oder weglächeln nicht zur Beruhigung führt, sondern das genaue Gegenteil bewirkt. Man muss sich den Themen stellen, die Probleme benennen und sagen, wie man sie lösen und bewältigen will. Wenn Menschen um ihre Existenz fürchten, darf die Führung nicht so tun, als sei alles in Butter. Sich Rat bei erfahrenen Krisenmanagern zu holen, täte der Regierung gut. Denn noch ist nicht alles verloren. Immerhin 34 Prozent der Befragten haben noch Vertrauen in die Regierungspolitik.

10. ESSENER INSOLVENZ FORUM

powered by
BURK® AG

Mittwoch ■ 15. November 2023
Philharmonie Essen

UNSERE REFERENTEN UND THEMEN:

- **Steuerthemen in der Insolvenz:**
Beantwortung von Fragestellungen aus der Praxis
Prof. Dr. Jens Schmittmann
- **Sanierung von Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen**
Stefan Denkhäus
- **Aktuelle und zukünftige Herausforderungen
in und aus der Insolvenzpraxis**
Prof. Dr. Volker Römermann
- **Zwischen Permakrise, Staatswirtschaft und ökonomischen
Megatrends - Was auf die deutschen Unternehmen jetzt zukommt**
Patrik-Ludwig Hantzsch
- **Geldwäsche und Waffen:**
In der Insolvenz im Fadenkreuz der Zollbehörden
Markus Bitzer
- **Pflichtgläubigerausschüsse - aktuelle Rechtsfälle
aus der Gerichtspraxis**
Frank Pollmächer

ANMELDUNG UNTER:

essenerinsolvenzforum.de

Fortbildungsnachweis nach § 15 FAO möglich.
Von der Steuerberaterkammer anerkannt.